

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Herausforderung annehmen, Zukunft gestalten

GABRIELA HEINRICH:

Friedensgutachten übergeben

JAN PLOBNER:

Reform des Völkerstrafrechts

CARSTEN TRÄGER:

Ein starkes Paket für Klimaschutz und Wirtschaft

MARTINA STAMM-FIBICH:

Verkaufsverbot von Lachgas an Minderjährige

Herausforderung annehmen, Zukunft gestalten

Die Ergebnisse der Europawahl 2024 sind nun bekannt und es ist offensichtlich, dass wir als SPD vor großen Herausforderungen stehen. Mit einem Stimmenanteil von 13,9 Prozent und einem Verlust von 1,9 Prozentpunkten gegenüber der letzten Europawahl haben wir erneut einen Tiefstand bei bundesweiten Wahlen erreicht. Dies ist zweifellos eine enttäuschende Entwicklung, die uns jedoch nicht entmutigen darf, sondern vielmehr motivieren muss, uns für die kommenden Aufgaben zu rüsten und unsere Ziele noch entschlossener zu verfolgen.

Die deutlichen Verluste sind ein klarer Hinweis darauf, dass wir unsere Botschaften und unsere Vision für Europa noch stärker und überzeugender kommunizieren müssen. Die Tatsache, dass wir mit mehr als 5,5 Millionen Stimmen weiterhin die drittstärkste Kraft im Europaparlament sind, zeigt, dass eine solide Basis für unsere Arbeit vorhanden ist.

Es gibt auch Gründe zur Zuversicht. Die Wahlbeteiligung ist auf 64,8 Prozent gestiegen, was zeigt, dass das Interesse an europäischen Themen wächst und die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich einzubringen. Dies bietet uns die Chance, unsere Ideen und Konzepte in den Diskurs einzubringen und eine aktive Rolle bei der Gestaltung der europäischen Zukunft zu übernehmen. 64,8 Prozent sind dennoch nicht ansatzweise ge-

nug und neben unserer Verpflichtung für den Wohlstand der Bürger*innen zu sorgen, müssen wir ebenfalls einen Weg finden, mehr Menschen zum Wählen zu motivieren und sie so zur Mitgestaltung anzuregen.

Dass die AfD mit 15,9 Prozent zur zweitstärksten Kraft aufgestiegen ist, unterstreicht die dringende Notwendigkeit, entschlossen gegen rechts vorzugehen. Spätestens bei diesen Ergebnissen müssen bei allen Alarmglocken angehen. Gemeinsam müssen wir mit aller Entschlossenheit gegen den Rechtsruck in Europa ankämpfen. Es ist unsere Aufgabe, klare und progressive Alternativen aufzuzeigen und die demokratischen Werte unserer Gesellschaft zu verteidigen. Dies erfordert nicht nur eine klare politische Positionierung, sondern auch intensive Aufklärungsarbeit und die Förderung eines offenen und toleran-

ten Diskurses in der Gesellschaft. Der aktuelle Rechtsruck ist ein riesiges Problem. Denn es findet ein gesellschaftlicher Wandel statt, der sich, wenn missachtet, auf einen Abgrund zubewegt, der uns an die dunkelsten Zeiten erinnert.

Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir in schwierigen Zeiten zusammenstehen und gestärkt daraus hervorgehen können. Mit Engagement, Mut und Entschlossenheit werden wir die Herausforderungen meistern und uns so als SPD wieder auf Erfolgskurs bringen. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und die sozialdemokratischen Werte in Europa und Deutschland stärken.

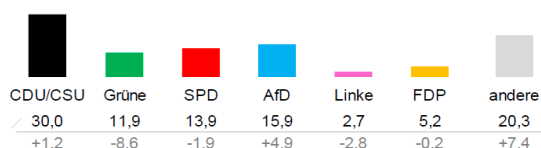
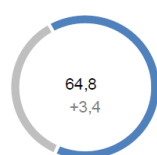
Unsere Mission ist klar: Ein starkes, solidarisches und gerechtes Europa, in dem kein Platz für Faschismus ist!

Ergebnis vom 09. Juni

Europawahl 2024

Beteiligung

Stimmenanteile



Verteilung der 96 bundesdeutschen Mandate im Europaparlament

Partei	Mandate	Veränderung
CDU/CSU	30	+1
Grüne	12	-9
SPD	14	-2
AfD	16	+5
Linke	3	-2
FDP	5	0
andere	16	+7

Veränderungen zu 2019

infratest dimap | Bundeswahlleiter:in



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Friedensgutachten übergeben

Wissenschaftler_innen haben klare Forderungen an die Politik

Es ist schon gute Tradition, dass Wissenschaftler_innen ihr jährliches Friedensgutachten an die SPD-Bundestagsfraktion übergeben. So auch in der vergangenen Sitzungswoche des Bundestages. Während einer Veranstaltung mit den Fachpolitiker_innen stellten die Forschenden das diesjährige Friedensgutachten vor und beantworteten viele Nachfragen.

„Welt ohne Kompass“ – so die Überschrift. Damit ist vor allem gemeint, dass ein übergeordneter, institutioneller Multilateralismus immer mehr durch Einzelinteressen vor allem der Groß- und Regionalmächte verdrängt wird. Was zu Konflikten führt. Natürlich geht es um die Ukraine, um Gaza und um den Sahel. Konflikte durch Klimawandel sowie die Bedrohung der Demokratie kommen ebenfalls nicht zu kurz.

Enthalten sind Forderungen an die



Gabriela Heinrich (2.v.l.) nimmt in Berlin das Friedensgutachten von den Autoren entgegen.

Politik, die nicht allen in Berlin gefallen dürften. Zum Beispiel, dass die militärische Unterstützung der Ukraine fortgesetzt werden muss, aber Verhandlungen bereits jetzt vorbereitet werden müssen. Auch sollte die Bundesregierung Kriterien für die Entwicklungszusammenarbeit in autoritär geführten Ländern definieren. Was aber nicht heißt, die EZ dort auszusetzen! Und

außerdem sollte zügig das Demokratiefördergesetz der Bundesregierung beschlossen und umgesetzt werden. Denn unsere Demokratie gilt es zu schützen. Ich hoffe, Christian Lindner liest das alles!

Das neue Friedensgutachten lässt sich hier [kostenlos als PDF herunterladen](#).

Die Ukraine-Wiederaufbaukonferenz

Am 11. Juni startete in Berlin die Ukraine-Wiederaufbaukonferenz. 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Staats- und Regierungsoberhäupter aus 60 Ländern, tauschten sich über Möglichkeiten und Finanzierung des Wiederaufbaus des von Russland überfallenen Landes aus. Es ging darum, darüber zu sprechen, wie man kurzfristig Kriegsschäden beseitigen kann. Aber auch um die längerfristige Entwicklungsperspektive der Ukraine.

Die Weltbank rechnet mit 500 Milliarden Dollar für die kommenden zehn Jahre. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, dass angesichts dieser Dimensionen auch „privates Kapital hinzukommen“ müsse. Die Bundesregierung werde es unterstützen, dass Unternehmen in der Ukraine investieren. Der Kanzler sagte aber auch: „Der beste Wiederaufbau ist der, der gar nicht stattfinden muss“ und bezog sich damit auf die Lieferung von Verteidigungswaffen für die Ukraine.

Der ukrainische Präsident Selenskyj hat dann vor dem Bundestag eine sehr emotionale Rede gehalten. „Es ist unser gemeinsames Interesse, dass Putin diesen Krieg persönlich verliert“, hat er unter anderem gesagt. Dass Putin verliert, daran haben allerdings die AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht kein Interesse. Beide blieben der Selenskyj-Rede im Plenum fern. Das ist unterste Schublade und ein weiteres Indiz dafür, wer vor allem russische Interessen vertritt.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Ein starkes Paket für Klimaschutz und Wirtschaft

Mit der Reform des Bundesimmissionsschutzgesetzes machen wir einen weiteren wichtigen Schritt bei der Beschleunigung der Transformation unserer Energieerzeugung und unserer Wirtschaft – und unterstützen unsere Unternehmen in einer schwierigen Zeit. Umweltstandards werden dabei nicht abgesenkt. Es ist die größte Reform des Gesetzes seit 30 Jahren.

Mit der Verabschiedung der Reform des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) zünden wir den Super-Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energien und für den klimafreundlichen Umbau der Industrie. Die Genehmigungsverfahren für den Bau von Windkraftanlagen und von Anlagen zur Herstellung von Grünem Wasserstoff werden mit der Neuregelung erheblich beschleunigt.

Der Umbau der Industrie zu klimaneutralen und schadstoffarmen Produktionsweisen ist notwendig, um unsere Industriearbeitsplätze zu sichern, Wirtschaftswachstum zu schaffen und somit unseren Wohlstand langfristig zu bewahren. Dabei braucht es mehr Tempo als bisher. Das hilft uns auch auf dem Weg zur Erfüllung unserer Klimaziele.

Wir wollen bis 2045 klimaneutral wirtschaften und bis 2030 80 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen. Dazu braucht es enorme Anstrengungen. Wir müssen die Industrie und unsere Energieerzeugung schneller auf den Weg der Klimaneutralität bringen, dafür muss es auch schneller gehen bei der Genehmigung von neuen Anlagen. Gleichzeitig erlebt die Welt eine doppelte Krise der Natur: die Klimaerwärmung und das Artensterben.



Sie sind auf vielerlei Art und Weise verbunden. Und wir müssen sie auch politisch immer zusammendenken.

Mit den neuen Regeln werden Genehmigungsverfahren erheblich schneller und einfacher, ohne dass Umweltstandards abgesenkt werden. Mit dem BImSchG wird die Industrie in die Pflicht genommen, um schädliche Umwelteinwirkungen zu vermeiden. Aber es darf bei allem guten Willen für Beschleunigung angesichts der Doppelkrise der Natur nicht darum gehen, Mensch und Natur auf der Strecke zu lassen. Das ist bei dieser Reform gelungen. Statt Umweltschutz zurückzuführen, werden Verfahrensschritte digi-

talisiert, die Beteiligung von Behörden vereinfacht, Fristen verkürzt und die Verfahrensdauer verbindlich. Wir passen das Immissionsrecht der heutigen Zeit an.

Neben den Beschleunigungsmaßnahmen haben wir außerdem das Schutzziel Klima jetzt auch im Bundesimmissionsschutzgesetz verankert. Hierdurch können die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen auch Regelungen zum Schutz des Klimas enthalten. Wir denken die Sicherung unseres Industriestandortes, Erleichterungen für die Wirtschaft und Umwelt- und Klimaschutz zusammen und handeln entsprechend. Das ist der richtige Weg.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Verkaufsverbot von Lachgas an Minderjährige

Jeder sechste Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren hat es schon einmal als Rauschmittel verwendet – Lachgas. Legal und ohne Altersbeschränkung verkäuflich wird Lachgas (Distickstoffmonoxid) in Luftballons gefüllt und eingeatmet.

Es bewirkt einen kurzen, wenige Minuten anhaltenden Rauschzustand. Angetrieben durch gezielte Werbung in sozialen Medien, einfache Verfügbarkeit (Kioske, Automaten, Lieferservice) und kinderfreundliche Geschmäcker wie z.B. Erdbeere und Kokosnuss wird Lachgas immer mehr zur Trenddroge für Kinder und Jugendliche.

Mediziner warnen

Dabei warnt die Ärzteschaft intensiv vor dem Konsum. Distickstoffmonoxid kann zu Schwindelanfällen, Bewusstlosigkeit, motorischen Störungen und sogar Veränderungen im Rückenmark (Gefahr von Querschnittslähmungen) führen. Neben neurologischen Schäden durch Lachgas warnen Experten vor allem vor Unfällen, die von Konsumenten der Partydroge verursacht werden. So wurden z.B. in den Niederlanden in den letzten drei Jahren 1800 Verkehrsunfälle in Verbindung mit Lachgas gebracht.

Petition fordert Verbot

Ein Petent aus Hamburg und 129 Mitunterzeichner erkannten diese Gefahr



In den Niederlanden, wie hier in Groningen, wurde die Thematik "Lachgas" bereits angepackt. Verkauf und Besitz sind bis auf wenige Ausnahmen verboten. Foto: *wikimedia*

ren und forderten ein Verkaufsverbot von Lachgas an Minderjährige. Das Anliegen unterstützte der Petitionsausschuss diese Woche einstimmig mit dem höchsten Votum „Berücksichtigung“. Nun muss die Bundesregierung innerhalb von 6 Wochen darlegen, ob und wie sie der Aufforderung nachkommt. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zeigte sich einem Verbot bereits offen gegenüber: „Wir müssen die Kinder und Jugendlichen besser schützen“ und kündigte sogar eine „schnelle Regelung“ an.

Verbot mit Augenmaß

Ein Kompletterverbot von Lachgas scheidet allerdings aus. Es wird nicht

nur erfolgreich als Narkosemittel in der Medizin verwendet, sondern auch in diversen Industriezweigen – unter anderem als Treibgas in Spraydosen oder als Aufschäummittel in Sahnespenderkapseln. Das muss bei einem Verbot in jedem Falle berücksichtigt werden.

Andere Länder verschärfen Regeln

In Großbritannien darf man seit 2023 kein Lachgas mehr besitzen. Auch die Niederlande haben Verkauf und Besitz bis auf wenige Ausnahmen verboten, Dänemark verschärfte seine Vorgaben. Diese drei Länder sind es auch, in denen der Trend Lachgas in Europa zuerst Fuß fasste.



Reform des Völkerstrafrechts

In der letzten Woche haben wir abschließend über den neuen Gesetzesentwurf, der das Völkerstrafrecht weiterentwickelt, beraten.

Das Gesetz stellt sicher, dass Kriegsverbrechen nicht straflos bleiben und die internationale Gemeinschaft Täter von Völkerrechtsverbrechen zur Verantwortung ziehen kann. Vor über 20 Jahren ermöglichte das deutsche Völkerstrafgesetzbuch erstmalig der Justiz, weltweit begangene Gräueltaten unabhängig vom Tatort und der Staatsangehörigkeit der Täter zu verfolgen. Seitdem spielt die deutsche Justiz eine Vorreiterrolle bei der Verfolgung solcher Verbrechen.

Ein zentraler Punkt des Gesetzesentwurfs ist die Klarstellung, dass funktionelle Immunität – also der Schutz von Amtsträgern für Handlungen in Ausübung ihres Amtes – die Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen nicht hindert. Dies ermöglicht die einfachere Verfolgung staatlicher Verbrechen und ist ein klarer Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts. Die uneingeschränkte persönliche Immunität hoher Amtsträger bleibt unberührt.

Das neue Gesetz stärkt auch die Rechte der Opfer. Zukünftig berechtigten Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gegen Personen zur Nebenklage. Opfer können sich somit aktiv am Verfahren beteiligen und haben das Recht auf eine Opferanwältin oder einen Opferanwalt, sowie eine psychosoziale Prozessbegleitung – unabhängig von den Voraussetzungen

der Prozesskostenhilfe. Nebenklagen sind ein gängiges Mittel im nationalen Strafrecht. Für internationale Fälle ist dies ein wichtiger Schritt. Damit die Justiz handlungsfähig bleibt, ist eine Nebenklage allerdings nur möglich, wenn die betroffene Person unmittelbar durch die angeklagte Tat verletzt wurde.

Deutschland erkennt mit dem Gesetz als erstes Land weltweit die Verfolgung queerer Menschen ausdrücklich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit an. Somit können gezielte Angriffe und systematische Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität als Völkerrechtsverbrechen eingestuft und entsprechend strafrechtlich geahndet werden. Auch wenn es in der Praxis wohl kaum zu etlichen Prozessen kommen wird, ist dies ein sehr wichtiges Zeichen gegen zunehmende Homophobie auf der Welt. So könnten beispielsweise Machthaber aus Uganda, die jüngst erst die Todesstrafe auf Homosexualität eingeführt, sowie die „Förderung von Homosexualität“ beispielsweise durch Ärzte aufgrund von Medikamentenvergabe unter Strafe gestellt haben, nunmehr in Deutschland vor Gericht landen.

Zudem schließt das Gesetz Lücken bei der Verfolgung sexualisierter Gewalt. Sexuelle Übergriffe, sexuelle Sklaverei, Zwangssterilisationen und erzwungene Schwangerschaftsabbrüche werden in den Katalog der Völkerstraftaten aufgenommen. Auch das zwangsweise Verschwindenlassen von Personen wird entsprechend

den völkerrechtlichen Vorgaben unter Strafe gestellt. Außerdem wird die Verfolgung von Umweltverbrechen auf nicht-internationale Konflikte ausgeweitet und die Verwendung von Splintermunition strafbewehrt.

Mit diesen Änderungen wird das Völkerstrafverfahren besser zugänglich für die internationale Gemeinschaft. Wir erleichtern die Aufzeichnung von Prozessen, verbessern den Zugang zu Verdolmetschungen, schaffen eine Datenbank mit Urteilen in deutscher und englischer Sprache und fördern die Übersetzung wegweisender Urteile ins Englische. Diese Maßnahmen sollen die Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen effektiver und zugänglicher machen und die Rechte der Opfer stärken.

Ein weiterer bedeutender Aspekt des Gesetzesentwurfs ist die Einführung spezieller Maßnahmen zur Unterstützung von Zeugen und Überlebenden von Völkerrechtsverbrechen. Diese sollen besser vor Einschüchterung und Vergeltungsmaßnahmen geschützt werden, was insbesondere in Fällen von sexualisierter Gewalt und Verbrechen gegen vulnerable Gruppen von entscheidender Bedeutung ist. Diese umfassenden Änderungen zielen darauf ab, die Effizienz und Gerechtigkeit des Völkerstrafrechts zu maximieren und ein klares Signal zu senden, dass solche Verbrechen nicht ungestraft bleiben werden.

Wir tätigen damit einen wichtigen Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung und Schutz für alle Menschen.